

Der freie Schwarzwälder

Extrablatt.

Sonntag den 26. Juli 1914.

31. Jahrgang.

Europa vor dem Krieg.

Der Ernst der Lage war durch die Schärfe der österreichischen Note an Serbien gekennzeichnet. Sofort wurde klar, jetzt heißt es entweder ja oder nein. Serbien auf sich allein gestellt kann nur ja sagen oder seinem Verderben entgegenkommen. Der Streit wäre dann lokalisiert. Aller Augen waren nun auf Rußland gerichtet, in dessen Hände die Entscheidung über Europa gelegt ist. Ein 4stündiger Ministerrat fand am Freitag statt, das Resultat ist:

Rußland mischt sich ein.

In einer Neuter- und in einer offiziellen Meldung wird der Beschluß der Welt verkündigt; die erste sagt: Rußland werde unmittelbar intervenieren; es verlangt eine Verlängerung der Frist, um den europäischen Diplomaten Zeit zu geben, ihren Einfluß auszuüben; das amtliche russische Organ schreibt: Rußland kann in dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht indifferent bleiben. Rußland tritt also für eine europäische Vermittlung ein und schließt damit seine friedliche Gesinnung vor. Da aber Oesterreich von vorne herein den Konflikt für eine innere Angelegenheit Oesterreichs erklärt und eine Vermittlung der Mächte abgelehnt hat, so hat Rußland damit bewußt unmittelbar die europäische Kriegsgefahr heraufbeschworen.

Oesterreich hat seine Forderungen so präzise gefaßt, daß es keinen Finger breit zurückweichen kann, wenn es nicht seines politischen Ansehens verlustig geben will. Der bloße Gedanke an ein Eingehen auf Rußlands Vorschlag wäre ein Zurückweichen vor Rußland. Dieses hat an den beiden wunden Punkten eingesezt, der Frist und der Mächtevermittlung, in der Hoffnung, dabei Englands Unterstützung zu gewinnen, weil in der ministeriellen englischen Presse ähnliche Gedanken einer europäischen Vermittlung ausgesprochen waren. Dem ist aber die Meldung der doch auch ministeriellen Westminster Gazette gegenüberzuhalten, die deutlich erklärt: angefeindet dieser Anschuldigungen, glauben wir nicht, daß Rußland einen sehr erheblichen Einspruch erheben dürfte. Rußland hat ihn erhoben.

Wird England Rußland unterstützen?

Mit Spannung wird man das Verhalten Englands nach dem schwerwiegenden Schritt Rußlands erwarten. Die englische Stimmung ist durchaus serbenfeindlich, von dessen moralischer Schuld man auch in England überzeugt ist. Es wird eine Kräfteprobe für die Selbstständigkeit Englands bedeuten. Wird es dem Dreiverband zuliebe seine bisherige Haltung ändern? Die Frage ist zunächst noch nicht akut. Man kann Zukunftsschlüsse noch nicht machen und muß sich mit den tatsächlich vorliegenden Meldungen über die Stimmen der Mächte begnügen.

Frankreich ist gegen Oesterreich.

Die Unselbstständigkeit und Kopflosgigkeit Frankreichs, seit längerem bekannt, ist noch nie so deutlich zum Ausdruck gekommen. Erst zurückhaltend, dann offenbar unter einem gewissen Vordruck Rußlands ganz im Fahrwasser Rußlands. Namentlich nimmt man Oesterreich den überaus geschickten Zeitpunkt übel, wo in Petersburg die Arbeiterfrage einen akuten Charakter angenommen habe und wo Präsident Poincaré und Ministerpräsident und Minister des Aeußeren, Viviani, sich vom Zaren verabschiedet und in Kronstadt sich eingeschifft haben. Die Kartre spricht von einer „regelrechten diplomatischen Herausforderung“; was war denn aber das unentwegte Gegen Serbiens unterstützt von Rußland und gebilligt von Frankreich? Die Abwesenheit Poincarés und Vivianis ist deutlich merktbar, es fehlt an der nötigen Initiative. Die Pariser Börse befahl eine Panik, wie überhaupt noch nie. Die Kurse der französischen Staatspapiere in Paris sind so gefallen, daß sie von den deutschen nicht mehr verschieden sein werden, was für die deutschen Finanzen in der Welt von ausschlaggebender Bedeutung sein kann.

Italien ist für Oesterreich.

Die italienischen Blätter erklären die österreichischen Forderungen für billig und selbstverständlich; sie halten die Verpflichtungen für zu natürlich, zu berechtigt, um irgend einen Streit zuzulassen, wenn auch die Bedeutung der Krise nicht unterschätzt wird.

Deutschland

ist sich der Schwere der Lage vollumfänglich bewußt. Daß man voll und ganz auf Oesterreichs Seite steht, wird allgemein bekannt. Die Riblungentreue hält auch bis zum Aeußersten. Wenn man auch auf alles gefaßt ist, die Hoffnung auf eine Lokalisierung ist noch nicht geschwunden. Auch die Berliner Börse hat einen Sturz zu verzeichnen, der namentlich die österreichischen und russischen Werte traf.

Serbiens Unentschlossenheit

ist durch das Dazwischentreten Rußlands geleitet worden. Die soeben verbreitete Meldung, der serbische Ministerrat habe beschloffen, die österreichische Note in den meisten Punkten abzulehnen, spricht schon aus, was aller Wahrscheinlichkeit in ein paar Stunden offiziell bekanntgegeben wird. Ueberraschend kommt die Nachricht nicht mehr nach dem Vorgehen Rußlands. Die Mobilisierung ist im Gange.

Oesterreichs Standhaftigkeit

ist getragen von der begeisterten Stimmung in der ganzen Doppelmonarchie. Wenn bis Samstagabend 6 Uhr die die Forderungen nicht erfüllt sind, wird sofort die Mobilisierung angeordnet. Kaiser Franz Joseph soll sich sofort an seine Völker wenden in einem Manifest, das die Kriegserklärung enthält. Der I. I. Gesandte in Belgrad, Freiherr v. Giesl, hat den Auftrag, falls die ser-

bische Regierung bis Samstagabend 6 Uhr die vorbehaltlose Annahme der in der Note vom 23. angeführten Forderungen nicht notifiziert haben sollte, mit dem Personal der Gesandtschaft Belgrad zu verlassen. Den Schutz der österreichischen Staatsangehörigen in Serbien übernimmt von Samstag nacht ab dann der deutsche Gesandte, Freiherr v. Griesinger.

Zusammenfassend ist zu sagen: der europäische Krieg steht vor der Tür. In allen Ländern herrscht zwar die Meinung, der österreichisch-serbische Konflikt sei kein Grund für einen europäischen Krieg, aber auf welche Weise diese Friedensbetenerungen in die Tat umgesetzt werden können, weiß kein Mensch. Der beste Kommentar sind die Ereignisse selbst. Wir lassen die Hoffnung nicht fallen, aber die 6. Nachmittagsstunde des 25. Juli 1914 kann die Schicksalsstunde bedeuten für die Zukunft Europas.

Anerkennung der deutschen Bundesstreue.

Alle Wiener Blätter verbreiten mit großer Begeisterung die Stimmen aus dem Deutschen Reich, in denen die Bundesstreue Deutschlands in würdiger Weise zum Ausdruck komme. Die Reichspost schreibt: Mit Dankbarkeit begrüßen wir die Einmütigkeit, mit der die Presse Deutschlands in diesen ersten Stunden, wo es auf mehr ankommt, als darauf, ob Oesterreich-Ungarn sich wird mit Serbien auseinandersetzen müssen, die Treue des Bundesgenossen ausdrückt. Es spricht daraus mehr als das Pflichtgefühl des durch Verträge Verbündeten. Es sprechen daraus herzliche, brüderliche Gesühle, die in Zeiten der Gefahr doppelt ergreifen.

Die Stimmung in Serbien

kommt am besten in folgender widerspruchsvollen Meldung aus Belgrad zum Ausdruck: Es verlautet, der Thronfolger stehe auf dem Standpunkt, eine friedliche Lösung herbeizuführen, was unter den Mitgliedern der Regierung und der Armee große Erbitterung hervorgerufen habe. Es verlautet ferner, daß Ministerpräsident Pasitsch in den Mittags-, spätestens aber in den Nachmittagsstunden die Antwort auf die Note erteilen werde. Ferner melden die Blätter vom 24. aus Belgrad, daß die Erregung in der Stadt ins Maßlose gestiegen sei. In diplomatischen Kreisen wird der Krieg für unvermeidlich erklärt. Man will bereits wissen, daß die Beantwortung der Note nicht erfolgen werde. Die Belgrader Garnison soll bereits zurückgezogen werden. Die Drohe für die Truppen soll dahin gehen, daß sie sich in das Stadtinnere zurückziehen hätten. Man erwartet den vollständigen widerstandslosen Einmarsch der österreichischen Truppen. Die serbische Regierung hofft, daß die Intervention der Mächte in Oesterreich-Ungarn erst dann beginnen werde, wenn die österreichischen Truppen Belgrad besetzt hätten.

Rußland ersucht offiziell um Verlängerung der Frist.

Die Wiener Abendblätter melden: Die russische Regierung hat dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Graf Szapary, und durch ihren Vertreter in Wien der österreichisch-ungarischen Regierung das Ersuchen unterbreitet, die in der Note an Serbien gestellte Frist um einige Tage zu verlängern. Die österreichisch-ungarische Regierung hat die Erfüllung dieses Ansehens in höflicher, aber bestimmter Form abgelehnt. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Auseinandersetzung mit Serbien eine Angelegenheit sei, die nur Oesterreich-Ungarn und Serbien betreffe. Die Monarchie war von allem Anbeginn an entschlossen, diesen Standpunkt unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und jeden Versuch einer Intervention zurückzuweisen.

Lord Haldane Friedensfreund.

Lord Haldane sagte in einer Freitag gehaltenen Rede, die Lage im nahen Osten sei derart, daß sie jede Regierung in Besorgnis versetzen müsse, aber er hoffe, daß die Interessen Englands auf der Seite des Friedens stehen werden.

Italienische Pressestimmen.

Roberto Romano schreibt zu der Wiener Note: Auf Seiten Oesterreichs ist alles Recht, auf Seiten Serbiens alles Unrecht. Die Haltung der Monarchie Bosniens gegenüber konnte nicht korrekter sein. — Corriere d'Italia sagt: Der Zwist geht nicht nur Wien und Belgrad an, sondern bedroht auch den europäischen Frieden. — Messagero erklärt: Allem Anschein nach hätte die Untersuchung den unüberleglichen Beweis erbracht, daß der Mord von Cetajewo in Serbien Helfer hatte und daß die serbische Regierung für die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda via Bosnien und Kroatien allzu duldiam war.

Russische Pressestimmen.

„Njetsch“ schreibt: Augenscheinlich ist sich die russische Diplomatie des Ernstes der Lage nicht ganz bewußt. Es ist nicht zu begreifen, daß Serbien nach der russischen Note eine nicht völlig befriedigende Antwort geben werde und daß eine Ermunterung Serbiens bereits erfolgt ist, sobald ein Teil der Verantwortung für die Folgen Rußland zufällt. Das österreichisch-ungarische Ultimatum ist eine Quittung auf die währerischen Depeschen des Pariser „Matin“. Die einzige Möglichkeit für die Tripartente, eine Einziehung in den Konflikt zu vermeiden, bestche in der Lokalisierung der serbischen Frage und der Vermidung jeder Ermunterung Serbiens. — Die Bir-

Die leitenden Staatsmänner Oesterreich-Ungarns und Serbiens.

Der neue Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien lenkt den Blick auf die Männer, in deren Hand jetzt die Entscheidung über Krieg und Frieden ruht. Wir bringen in unseren heutigen Bildern die Porträts der in erster Linie in Frage kommenden Staatsmänner.



Graf Berchtold | Graf Stürgkh | N. Pasitsch

1. Der österreichische Minister des Aeußeren, Graf Leopold Berchtold, hat augenblicklich ein besonderes ehrenvolles Amt inne. Früher mehrere Jahre als Botschafter in St. Petersburg tätig, trat er nach dem Tode Lehrenthals an dessen Stelle.

2. Der österreichisch-ungarische Ministerpräsident, Graf Karl Stürgkh, steht zur Zeit im 55. Lebensjahr. Er ist seit 1911 Premierminister.

3. Ministerpräsident Nikola Pasitsch, zweifellos gegenwärtig der fähigste Staatsmann Serbiens, steht im 68 Lebensjahr und ist seit langen Jahren Minister des Aeußeren und Kabinettschef.



Graf Tisza | Ritter v. Krobatin

4. Graf Stephan Tisza, der „ungarische Bismarck“, ist 52 Jahre alt und durch seine unermüdete Energie ebenso geliebt wie gehaßt. Er gilt als der kommende Mann Oesterreich-Ungarns und hat sich in der gegenwärtigen Krise außerordentlich scharf gegen das stets unruhige Serbien ausgesprochen.

5. Alexander Ritter von Krobatin, der österreichisch-ungarische Kriegsminister, hat diesen Posten seit 1912 inne. Er steht im 65 Lebensjahr und ist aus der Artillerie hervorgegangen.

6. Freiherr Giesl von Gieslingen, der Gesandte Oesterreich-Ungarns in Belgrad, hatte der serbischen Regierung die bedeutungsvolle Note zu überbringen. Freiherr v. Giesl steht im 55. Lebensjahr, war lange Jahre im Generalstabskorps tätig und dann Gesandter in Montenegro. Giesl ist einer der besten Kenner des nahen Orients.



Fhr. v. Giesl | Conr. v. Hoetzendorf

7. Der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, General der Infanterie Freiherr Conrad von Hoetzendorf, steht im 62. Lebensjahr und hat eine glänzende militärische Laufbahn hinter sich. 1906-11 war er Generalstabschef, dann ein Jahr Armeeeinspektor und ist seit Dezember 1912 wieder Chef des Generalstabes.

Wien, 25. Juli. Der serbische Ministerpräsident Pasitsch erteilte kurz vor 6 Uhr dem österreichischen Gesandten in Belgrad eine ungenügende Antwort, der damit den Abbruch der diplomatischen Beziehungen notifizirte und mit Gesandtschaftspersonal Belgrad um 6.30 Uhr verließ. Die serbische Regierung hatte nachmittags 3 Uhr Mobilisierung angeordnet. Die Truppen der Hofregierung räumen Belgrad.

Wien, 26. Juli. Morgens. Wie verlautet, wurde teilweise Mobilisierung sowie zahlreiche Ausnahmebestimmungen besonders für Bosnien, Herzegowine und Dalmatien angeordnet.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei Verantwortlich i. B.: E. Friedrich daselbst.

BR. J. H. ...

...

...

...

...

...

...

...

